



Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

4. Sitzung (öffentlich)

22. November 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 16:45 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkt und Ergebnis:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023) 3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1200
Drucksache 18/1500

Erläuterungsband zu Einzelplan 15
Vorlage 18/354

Erläuterungsband zu Einzelplan 10
Vorlage 18/387

Berichte
der Landesregierung
Vorlage 18/362
Vorlage 18/471
Vorlage 18/481
Vorlage 18/489
Vorlage 18/490
Vorlage 18/491

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
3. Sitzung (öffentlich)

09.11.2022
sd-yö

- Abschließende Beratung und Abstimmungen zu den genannten Einzelplänen
(Voten)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 15 – Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

2 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1200
Drucksache 18/1500

Erläuterungsband zu Einzelplan 15
Vorlage 18/354

Erläuterungsband zu Einzelplan 10
Vorlage 18/387

Berichte
der Landesregierung
Vorlage 18/362
Vorlage 18/471
Vorlage 18/481
Vorlage 18/489
Vorlage 18/490
Vorlage 18/491

- Abschließende Beratung und Abstimmungen zu den genannten Einzelplänen (Voten)

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: In unserer letzten Sitzung wurden die Einzelpläne 10 und 15, soweit die Zuständigkeit dieses Ausschusses betroffen ist, durch Ministerin Gorißen und Minister Krischer vorgestellt. Im Nachgang wurden dem Landtag die mündlichen Einführungsberichte schriftlich zur Verfügung gestellt und als Vorlagen 18/471 und 18/481 verteilt.

Die Fraktionen von SPD, FDP und AfD haben Fragen zu den genannten Einzelplänen eingereicht, die der Landesregierung, wie vereinbart, am 11. November 2022 übermittelt wurden. Die Antworten der Landesregierung auf diese Fragen wurden als Vorlagen 18/489 und 18/491 verteilt. Darüber hinaus wurde durch das MLV ein Nachbericht mit weiteren Erläuterungen des zum Einsatz der zusätzlich eingeplanten Mittel im Energiebereich übermittelt, der als Vorlage 18/490 verteilt wurde. Gibt es Nachfragen zu der Beantwortung der Fragen an die Landesregierung? – Wir gehen nach der Größe der Fraktion vor. In der Obleuterunde hatten wir das so besprochen. Dann würde ich mit der CDU anfangen.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Wir haben keine schriftlichen Fragen eingereicht, weil die entsprechenden Entwürfe zum Einzelplan 10 und 15 sehr gute Ansätze zeigen und viele Aspekte aus dem Koalitionsvertrag aufgreifen. Der Koalitionsvertrag muss im ersten Haushalt nicht komplett dargestellt werden, er wird bekanntermaßen für 5 Jahre vereinbart. Es ist auch klar, dass unter den gegenwärtigen finanziellen Rahmenbedingungen

auch nicht jeder Ansatz in der Größenordnung da ist, wie wir es gerne hätten, dass da in der entsprechenden Entwicklung der einzelnen Ansätze noch Luft bleibt. Insofern darf ich gerne danken den beiden Häusern für ihre Arbeit, für die Einzelpläne danken. Wir werden von unserer Seite aus die Diskussion der Antworten mit großem Interesse verfolgen.

René Schneider (SPD): Ich hatte gedacht, dass ich mich zumindest fünf Minuten zurücklehnen kann, Luft holen kann, weil meist viel warme Luft einen ersten Haushalt begleitet. Ich muss feststellen, es gibt nicht mal den Versuch, das Ganze schönzureden, was uns hier vorliegt.

Ich gebe zu, der Koalitionsvertrag, den Sie auf die Schiene gesetzt haben, ist auch dank den Grünen ambitioniert. Deswegen erwarten nicht nur wir, sondern die Menschen da draußen, die Sie gewählt habe, auch schon im ersten Haushalt und nicht erst nach zwei oder drei Jahren klare Zeichen dessen, dass Sie bereit und willens sind, davon etwas umzusetzen. Das sind ja nicht nur wir als Opposition. Sie brauchen nur die Pressemitteilung des NABU heranzuziehen, die unter anderem die Gründung des waldökologischen Instituts vermissen, die den Lehrstuhl für Grüne und wassersensible Stadtplanung vermissen, die das Landesprogramm zum Erhalt der biologischen Vielfalt vermissen und – von unserer Seite noch ergänzt – auch eine höhere Förderung des AAV vermissen. Deswegen haben wir beim letzten Mal danach gefragt. In der Antwort – und das können wir ja nur zur Kenntnis nehmen – des Ministers steht, „Sorry, aber dafür haben wir nicht genug Geld“. Inwiefern das der Fall ist, das wagen wir zu bezweifeln, weil es an anderer Stelle scheinbar doch geht. Wenn sich der Ministerpräsident in die Bütt stellt und auf die Idee kommt, eine Idee nach vorne zu peitschen, dann ist immer Geld da – dazu komme ich gleich noch einmal.

Apropos durchs Plenum Peitschen, Stichwort: Umweltschecks. Da haben wir gefragt, wo sind die denn in diesem Haushalt? Auch hier Fehlanzeige, da sei man noch nicht so weit. Da, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie werden sich erinnern, haben wir Vorschläge gemacht. Wir wollten die gerne beraten. Sie haben gesagt, nein, Umweltausschuss bleibt keine Zeit, wollen wir jetzt in diesen Haushalt bringen, und was ist? – Nichts ist im Haushalt mit den Umweltschecks. Dabei ist das auch überhaupt keine „Rocket Science“. Kollege Wille hat in der Plenarrede gesagt, 2.000 Euro stellen Sie sich vor als Umweltscheck, als Fördersumme. Wenn Sie einfach mal 1.000 Schecks für den Anfang nehmen, dann sind Sie bei 2 Millionen Euro, und die müssen Sie ausweisen in diesem Haushalt. Das ist wirklich keine Zauberei. Sie sagen, Gründlichkeit vor Schnelligkeit. abgedroschener Spruch, wie ich finde, aber gut, kann man ja machen. Aber dann hätten das mit den Umweltschecks nicht so durch das Plenum peitschen müssen. Das ist dann auch ein Stück weit Verdummbeutlung derer, die da versuchen wie wir, ordentlich mitzuarbeiten und die Sache an der Stelle nach vorne zu bringen.

Der Etat zeigt aus unserer Sicht, dass die Trennung der Ressorts nach wie vor Humbug ist. Das zeigt sich darin, dass die Etats nicht sauber getrennt werden können – das insbesondere beim LANUV neben der haushalterischen Trennung, die noch nicht

vollzogen ist in diesem Haushalt, die räumliche steht sowieso noch an. Das wird ein großes Spektakel werden. Da sind wir sehr gespannt, wie das funktionieren soll, ob wir demnächst zwei Schilder an der Tür haben, ob es Dinge gibt, wo einfach in der Mitte eine weiße Schnur gespannt wird und man sagt, rechts ist das eine Ministerium, links das andere zuständig.

Das hat nichts mit dem Haushalt zu tun, das gebe ich gerne zu, aber das wird etwas sein, was sich schon andeutet in diesem Etat, der die Trennung noch gar nicht nachvollzieht. Traurig wird's dann an dem Punkt Nationalpark. Der Prozess startet im kommenden Jahr ohne Mittel. Da kann man sagen, okay, brauchen wir vielleicht im ersten Jahr noch nicht. Wenn ich in den Begründungen lese, dass auch dieser Prozess mehrere Jahre dauern wird, dann merken wir, das spüren wir schon: der wird wahrscheinlich bis Sommer 2027 dauern. Das ist so wie bei den Straßenausbaubeiträgen. Da kriegen wir wahrscheinlich das Ergebnis ganz knapp nach der Wahl, und das wird dann so angekündigt werden für uns, für alle, die die Volksinitiative begleitet haben. Da sehe ich einige Menschen auch hier im Raum sitzen. Wie man da diesen Haushalt so legitimieren kann und damit die Verzögerung dieses Prozesses unterstützen kann, erschließt sich mir an dieser Stelle nicht.

Um auch einmal etwas Positives zu sagen: 7 Millionen Euro für die Biostationen. Das klingt erst mal gut. Die Frage ist – das ist gegenseitig deckungsfähig im Haushalt –, inwiefern dieses Geld auch tatsächlich den Biologischen Stationen zur Verfügung stehen wird, ob für die originären Aufgaben, die sie jetzt schon leisten und für die sie mehr Geld dringend benötigen, oder ob auf der Strecke im Jahre 2023 noch Ideen dazu kommen, wie man die 7 Millionen Euro mit zusätzlichen Aufgaben flankieren soll. Da sind wir sehr gespannt. Wir hoffen, dass diese 7 Millionen Euro jetzt nicht der Ablass für all die vertanen Chancen sein sollen, die Sie, meine Damen und Herren von CDU und Grünen, in diesem Haushalt nicht genutzt haben.

Da wir gerne zusammen beide Bereiche abdecken wollen in unserer Replik, Antwort quasi auf die Antworten: Lassen Sie mich gerne auch noch einen Blick nicht nur auf die Landwirtschaft und das Forsten werfen, sondern auch auf die ländlichen Räume. Wir haben in der vergangenen Sitzung länger über – ich nenne es mal salopp – das Sofortprogramm für bäuerliche Familien gesprochen, wo die Nachfrage war: Wo kommt das eigentlich her? Es ist ja auf die Tagesordnung gebracht worden von Herrn Ministerpräsidenten Wüst.

Herr Dr. Dietzel hat in der vergangenen Sitzung gesagt, ich möchte es einfach noch einmal zitieren, weil das auf unserer Seite wirklich für große Verwunderung gesorgt hat, wo plötzlich 5 Millionen Euro im Einzelplan 15 herkommen:

„Wir werden es aus bereitstehenden Mitteln trotzdem finanzieren.“ Wir haben dafür Geld aufgetrieben.

Ich bin jetzt zehn Jahre dabei, habe Haushaltsplanberatungen hüben wie drüben mitbekommen. Aber dass mir jemand sagt, dass er Geld in einem Haushalt aufgetrieben hat, das ist neu.

Ich hätte mir gewünscht – das ist ein anderer Einzelplan, der 15er, nicht der 10er –, dass einer auf die Idee gekommen wäre, im Einzelplan 10 mal zu gucken und vielleicht 3, 4 oder 5 Millionen Euro aufzutreiben für den AAV. Denn ganz ehrlich, Herr Minister Krischer, da ist jedes Jahr ein verlorenes Jahr. Man kann alles damit begründen, dass die Situation so ist, wie sie ist. Im Gesamthaushalt machen Sie ja noch einige Loopings und Sperenzchen, um da doch irgendwie schadlos rauszukommen. Aber in diesem großen Haushalt nicht 1 Million Euro oder 2 Millionen Euro zu finden, um den AAV in die Lage zu versetzen, mehr Flächen zu recyceln, obwohl wir wissen, wie wichtig das ist, das ist grob fahrlässig. Da kann ich auch nicht einfach sagen, wir haben ja noch 5 Jahre, weil der Vorlauf – Sie wissen es ja selber – enorm ist, und jedes Jahr, was wir da verschenken, ist ein verlorenes Jahr, und das können wir nicht nachvollziehen.

Lassen Sie mich ein Wort zum Landesprogramm „Dorferneuerung“ sagen. Wir werden in der kommenden Sitzung versuchen, ein Stück weit Sie, liebe Frau Ministerin Gorißen, auch an Ihre Aufgabe als Ministerin des ländlichen Raumes zu erinnern. Unsere Beobachtung ist die, dass es eine sehr starke Fokussierung auf das Thema Landwirtschaft gibt, als ob der ländliche Raum alleine Landwirtschaft betrifft. Jetzt gibt es den Punkt Landesprogramm „Dorferneuerung“, der, ich glaube, mit 50 Millionen Euro beim letzten Mal hinterlegt wurde, im Wahljahr 2022. Da kürzt man jetzt 22 Millionen Euro.

Sie, sehr verehrte Frau Gorißen, haben beim letzten Mal gesagt, irgendwo müssen wir halt kürzen. Jetzt steht in den Erläuterungen, dass die Feuergeräteeinheiten so teuer waren. Bei dem einzigen Weckruf in diesem Haushalt, sich mit ländlichem Raum außerhalb der Frage der Landwirtschaft zu beschäftigen, sparen Sie 22 Millionen Euro. Vielleicht sparen Sie die auch an, damit sie 2027 die 50 Millionen Euro wieder voll auf die Straße bringen können, um da Wahlgeschenke machen zu können. Das ist nicht ehrlich, und es spricht nicht für eine konstante Arbeit für und mit dem ländlichen Raum.

Haushaltswahrheit und -klarheit – das werden Sie sich auch noch anhören müssen, Herr Dr. Nolten – ist in diesem Haushalt schwierig zu erreichen. Wir haben es gerade in der Obleuterunde unter anderem besprochen. Wir haben gezielt für die Titelgruppen – jetzt bin ich wieder im Einzelplan 10 – 82 und 86 um Erläuterung gebeten. Jetzt will ich gar nicht in die Protokolle gucken, ob ich mich da vielleicht undeutlich ausgedrückt habe. Ich bedanke mich herzlich, Herr Minister Krischer, für die Auflistung der Titelgruppe 82, um mal zu sehen, was Sie alles fördern. Da hatten sie recht mit Ihrer Vermutung vom vergangenen Mal, das ist uns bekannt. Aber wir sitzen ja hier aktuell, um über einen Haushalt zu reden.

Ein Haushalt besteht aus Zahlen. Um diesen Haushalt aufstellen zu können, brauchen wir natürlich hinter dieser Auflistung auch Zahlen, was uns sonst nichts nutzt, wenn wir nicht wissen, was sich jeweils hinter dem Punkt verbirgt. Da bitte ich Sie nochmal dringlich – jetzt ist es zu spät für die Beratung hier im Ausschuss –, das nachzuliefern. Kollege Brockes hat es gerade im Vorgespräch schon einmal erläutert: Wie sollen wir das hier ehrlich mit Haushaltswahrheit und -klarheit machen, wenn Sie uns im Ungefähren lassen und wir nicht wissen, was hinter den einzelnen Punkten steckt?

Was steckt zum Beispiel hinter dem Punkt Veranstaltungs- und Öffentlichkeitsarbeit? Über welche Summen reden wir da? Reden wir da über eine Veranstaltung für

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
4. Sitzung (öffentlich)

22.11.2022
sd-yö

5.000 Euro im Jahr, oder reden wir über 5 Millionen Euro? Ich glaube, weder das eine noch das andere ist richtig, aber lassen Sie uns da doch nicht im Dunkeln tappen, genauso wie bei Kapitel 10 050 – Titelgruppe 66 – Hochwasserschutz. Wir werden in der kommenden Plenarrunde noch einmal darauf kommen. Da haben wir auch nachgefragt, was die einzelnen Punkte sind. Und ich lese da in der Antwort, ca. 5 Millionen Euro für Pegelmessnetzstellen.

Wenn ich aber gleichzeitig lese, dass die Einschränkung ist, sofern ausreichend Haushaltsmittel vorhanden sind, was für die gegenseitige Deckungsfähigkeit in der Titelgruppe 66 spricht nach dem Motto, wenn der Erste, der kommt, beim technischen Hochwasserschutz Deich alles abräumt, dann ist nichts mehr für Pegelmessnetzstellen übrig. Dann ist das schwierig, aber ich kann es nicht beurteilen, Herr Minister. Sie können mir jetzt weder sagen, „du spinnst“ noch „du hast recht“, ich kann es nicht beurteilen, weil Sie mir, weil Sie uns nicht die Gelegenheit dazu geben. Das finde ich wirklich schwierig, zumal ich in einer Haushaltsplanberatung in den zehn Jahren, in denen ich dabei bin, so etwas nicht ein einziges Mal erlebt habe, das wirklich Übers-Knie-Brechen an der Stelle. Es folgt einer gewissen Tradition in dieser Koalition, dass alles etwas länger dauert. Wenn es dann aber Spitz auf Knopf kommt, dann muss es plötzlich ganz schnell gehen.

Das ist für eine ordentliche Oppositionsarbeit – ich glaube, dass wir die uns hier alle wünschen, wir haben alle schon einmal auf der einen wie auf der anderen Seite gesessen – schwierig. Nehmen Sie uns da bitte an der Stelle ernst und geben Sie uns die Möglichkeit, eine gute Opposition zu sein, weil auch Ihnen das weiterhelfen wird.

Lassen Sie mich zu einem Fazit kommen. Es gibt in diesem Haushalt keine finanziellen Akzente von Schwarz und Grün im Umweltbereich, kein Wort zur Artenvielfalt, kaum ein Wort zum ländlichen Raum bzw. massive Kürzungen genau an der Stelle. Handwerklich ist es holprig. Sie haben die Umweltschecks nicht etatisiert. Ich möchte wetten, dass Sie im kommenden Jahr 2023 mit Ihren Umweltschecks um die Ecke kommen werden und das irgendwo einstellen, weil Sie wieder irgendwo dafür Geld aufgetrieben haben. Das, finde ich, ist unredlich.

Das Sofortprogramm für bäuerliche Familien wird dann irgendwie Eingang finden, ohne dass mir bis heute einer sagen konnte, was überhaupt damit gemeint ist, was Sie überhaupt damit machen wollen. Das wird gemacht, weil der Ministerpräsident gesagt hat: Wir machen da was. Wenn es nach diesem Prinzip folgt, ist es nicht gut, meine Damen und Herren! Denn es ist Klientelpolitik, siehe Dorferneuerungen. Wir haben bei dem allgemeinen Naturschutz wie beim Hochwasserschutz – ich habe es aufgeführt – einfach eine mangelnde Haushaltswahrheit und -klarheit, die diesem Parlament nicht angemessen ist.

Eine klare Verortung von Mitteln, meine Damen und Herren der Regierungskoalition, hätte auch Ambitionen ausdrücken können, wenn Sie klar gesagt hätten, Pegelmessnetzstellen, wenn Sie klar gesagt hätten, Hochwasserschutz, wenn Sie klar gesagt hätten, in der Titelgruppe 82 – Biotopverbund machen wir folgende Schwerpunktsetzung ... Über die Biologischen Stationen hinaus hätten Sie damit zumindest Ambitionen ausdrücken können, das hätte man, denke ich, von Ihnen erwartet.

Trotz aller Schwierigkeiten, die diesen Haushalt betreffen, glauben wir, dass der AAV mehr Mittel bekommen muss. Da zählt jede Million, die möglich ist. Wir glauben – darüber haben wir noch gar nicht gesprochen –, dass es nicht nur Stellen geben muss, sondern dass diese auch besetzt werden müssen. Da werden wir sehr genau hinschauen, weil ich mir jetzt immer anhören muss, ja, wir versuchen es wenigstens. Natürlich braucht es erst mal Stellen, um dann am Ende die Menschen zu haben, die es machen. Aber es darf am Ende auch nicht die Ausrede sein, „es tut uns leid, es hat sich keiner drauf beworben, deswegen konnten wir die Stellen nicht besetzen“, denn es zeichnet sich gerade an der Stelle ab, wo es um Ausbildung im Landesdienst und im öffentlichen Dienst überhaupt geht, dass wir hier große Probleme bekommen werden. Das Problem gehen wir auch gerne gemeinsam an, weil es eines ist, was jede Landesregierung hätte.

Wir sehen an einem Punkt auch die Missachtung des Kleingartenwesens. Wir haben nachgefragt, inwieweit man die Förderung des Kleingartenwesens mit den Ambitionen zum „Urban Gardening“ im Städtebau zusammenlegen kann. Dazu sieht man sich scheinbar außerstande. Das finden wir sehr schade bei einem Verband, der über 10.000 Gärten und das Drei- bis Vierfache an Menschen repräsentiert, die da wirklich eine tolle Arbeit vor Ort machen. Alles in allem glauben wir, dass es Ihre Hoffnung ist, dass es mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz auf Bundesebene möglichst schnell was wird. Das ist Ihre einzige Chance, in diesem Haushalt nach 2023 überhaupt noch einmal die Sonne zu sehen. Wenn diese 4 Milliarden Euro – 2 Millionen Euro jedes Jahr für Nordrhein-Westfalen – nicht in Ihren Landeshaushalt gespült werden, dann sieht es zumindest in der jetzigen Situation so aus, dass Sie auch in den kommenden Jahren vollkommen ambitionslos weitermachen und ohne einen Schwerpunkt Finanzen einsetzen.

Wir werden Ihnen sehr genau auf die Finger schauen, ob in den Haushalten 24 folgende genau dieses Geld, das vom Bund kommt, was die CDU ironischerweise ablehnt, hier eingesetzt wird, um einen schwarz-grünen Etat, hauptsächlich den Einzelplan 10, zu realisieren. Deswegen werden wir als Opposition weiterhin da draufschauen.

Dr. Volkhard Wille (GRÜNE): Dieser Haushalt ist unter extrem schwierigen Rahmenbedingungen aufgestellt – das ist alles vielfach schon gesagt und hier auch diskutiert worden – in einem Wahljahr, in dem auch die Häuser umstrukturiert wurden und in dem auf Bundesebene durch das dritte Entlastungspaket die Rahmenbedingungen bis vor sehr kurzer Zeit noch nicht ganz klar waren. Ich denke, das muss man auch hier einpreisen. Wir sind jetzt mitten im Beratungsprozess. Da kommt mir manches Urteil vielleicht ein bisschen zu früh, weil die Politik noch mittendrin ist. Wir nehmen die Argumente von Sachverständigen und auch hier der Diskussion mit auf.

Ich möchte darauf hinweisen, dass im Haushaltsplanentwurf sehr wohl einige Akzente enthalten sind. Schauen wir uns zum Beispiel – sowohl im Nachtragshaushalt als auch im 23er-Entwurf – die Stellen für die Umweltverwaltung an, wo ein deutlicher Aufwuchs vorgesehen ist. Natürlich müssen diese Stellen auch besetzt werden, das ist in allen

Bereichen inzwischen das Problem. Aber es ist eine notwendige Voraussetzung, um mehr an Handlungsfähigkeit zu gewinnen.

Wir haben den Naturschutzetat in einem ersten Schritt deutlich erhöht, zugesagt politisch ist ja eine Verdoppelung, aber das kann auch schrittweise, im Laufe der Legislaturperiode erfolgen, weil auch die Strukturen und die Projekte, die damit verbunden sind, schrittweise entstehen und aufwachsen müssen. Eine Verdoppelung in einem Schritt wäre gar nicht sinnvoll. Ich will auf weitere Akzente im Bereich Wasser hinweisen. Unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen kann das durchaus etwas mehr Würdigung verdienen. Ich will zugestehen, dass das angesichts dessen, was eigentlich notwendig wäre, natürlich viel zu wenig ist – wie in allen Bereichen. Aber die Rahmenbedingungen sind halt so, wie sie sind.

Ich freue mich oder wir als Fraktion freuen uns auf die weiteren Beratungen. Wir wollen sehr stark den Schwerpunkt nicht nur auf Programme setzen, die in Berlin aufgelegt werden. Auch die nordrhein-westfälische Landesregierung hat gesagt, dass zur Krisenbekämpfung einiges gemacht wird. Wir fragen uns: Was bedeutet das jetzt für die Einzelpläne 10 und 15? Es ist unsere Aufgabe, jetzt mit Kreativität zu überlegen, was wir in diesen Bereichen machen können. Dafür würden wir auch gerne hier in den Haushaltsberatungen die Zeit weiter nutzen.

Dietmar Brockes (FDP): Wir hatten im Vorfeld unsere Fragen an die Landesregierung gesandt, und diese wurden dann auch entsprechend beantwortet. Jedoch muss ich dazu sagen, dass die Antworten in einigen Bereichen mehr neue Fragen aufgeworfen haben. Deshalb möchte ich in meinem ersten Beitrag noch einmal einige Fragen, die sich aus Ihren Antworten ergeben haben, hier aufrufen in der Hoffnung, dass Sie diese ausreichend beantworten können, wie es für ein vernünftiges Haushaltsberatungsverfahren auch notwendig ist.

Ich möchte beginnen, Frau Ministerin Gorißen, mit Ihrem Haushalt. Da hatten wir im Bereich Dorferneuerung in Kapitel 15 030 Titelgruppe 74 – es wurde eben schon einmal angesprochen – die Frage des zusätzlichen Mittel für einen Sonderaufruf Feuerwehrgerätehäuser aufgeworfen. Da hatten Sie in Ihrer Antwort geschrieben, dass die Projekte komplett abgearbeitet wurden und deshalb dieser Aufruf oder dieser Haushaltsansatz jetzt gestrichen wird. Verstehe ich es richtig, dass Sie keinen weiteren Bedarf mehr bei der Modernisierung und beim Neubau von Feuerwehrgerätehäusern in den Kommunen in NRW sehen?

Eine zweite Frage zum Thema Agrarumweltmaßnahmen – da hatten wir auch die Nachfrage gestellt –: Da haben Sie geantwortet, da es so viele und umfangreiche Anträge waren, hätte man pro Antrag nur 3 ha bewilligen können. Hier hätte ich gerne von Ihnen gewusst: Wie hoch müsste der Haushaltsansatz Ihrer Meinung nach schätzungsweise sein, um dort den Anliegen auch komplett entsprechen zu können?

Dann komme ich zu Ihrem Haushalt, Herr Minister Krischer. Hier ist zum einen das Thema Naturschutz und Landschaftspflege. Da ist es so, dass Sie auf unsere Frage schreiben, dass eine differenzierte Aufteilung der Mittel der Titelgruppe 82 erst im

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
4. Sitzung (öffentlich)

22.11.2022
sd-yö

Haushaltsplan 24 angestrebt wird. Verstehe ich das richtig, dass Sie für diesen Haushalt, für den 23er-Haushalt, die Mittel pauschal zur Verfügung haben und uns nicht sagen können, wofür die im Einzelnen gedacht sind?

Die nächste Frage betrifft das Thema Nationalpark Eifel. Dieser findet sich auch in ihrem Haushalt wieder. Ich hätte gerne gewusst, warum dies nicht im Einzelplan 10, sondern im Einzelplan 15 etatisiert ist.

Das Thema Artenmonitoring: Hier haben Sie uns geantwortet, man könnte dafür die Mittel aus der einen oder anderen Haushaltsstelle nehmen. Es aber nicht klar differenziert, wie viel Mittel aus welchem Haushaltsansatz genommen werden sollen. Deshalb stellt sich für uns die Frage, ob Sie überhaupt beabsichtigen, dass Artenmonitoring im kommenden Jahr zu beginnen.

Letzter Punkt, das Thema Umweltwirtschaft, Kapitel 10 060 Titelgruppe 63: Da schreiben Sie, dass 2022, also in diesem Jahr, bisher kein Projektstart erfolgen konnte. Das heißt, die Mittel die dafür vorgesehen waren, wurden dann auch nicht eingesetzt. Es sind keine Mittel abgeflossen. Stehen diese Mittel dann im kommenden Haushalt 2023 zur Verfügung? Das waren meine Fragen. Ich hätte gerne dazu die Antworten, bevor ich dann auf die beiden Haushaltspläne insgesamt eingehen kann.

Andreas Keith (AfD): Wir haben ebenfalls umfangreiche Fragen an das Ministerium gestellt, die weitgehend, wenn auch inhaltlich nicht zufriedenstellend, beantwortet worden sind. Auffällig ist, während unsere Landwirte mit hohen Erzeugerkosten kämpfen und um ihre Existenz fürchten, beschäftigt sich die Landesregierung – das ist mehrfach angesprochen worden – mit dem Umbau des Umweltministeriums, damit alle Parteien und ihre unterschiedliche Wählerklientel selbstverständlich bedient werden können. Erfreulich ist bei diesem unsinnigen Vorhaben, dass sich scheinbar die Zahl der Mitarbeiter erst einmal nicht erhöht.

Wir befürchten jedoch, dass sich diese Zurückhaltung nicht lange beibehalten lässt. Im Großen und Ganzen verhält es sich wie immer in der Vergangenheit bei Haushaltsdebatten: rechte Tasche, linke Tasche. Das ist auch nicht verwunderlich bei einem Haushaltsvolumen von 4,733 Milliarden Euro, bei einer Erhöhung von round about 55 Millionen Euro.

Es ist schon verwunderlich, wie wenig Sie in Ihrem Haushaltsentwurf auf die im Oktober bekannt gewordenen Energie- und Lebensmittelpreise reagieren, die auf einem neuen Höchststand seit 1951 sind. Im Durchschnitt stiegen die Lebensmittelpreise um 20,3 %. Deutlich gestiegen sind die Preise für Speisefette, 49,7 %, Molkereiprodukte und Eier 28,9 %, Gemüse 23,1 % sowie Getreideerzeugnisse 19,8 % – alles Produkte, die auch in unserem Land angebaut werden.

Wir erleben – und das zu Recht –, dass sich viele Bürger fragen, wie man auf diese Entwicklungen reagiert. Ihr Haushaltsentwurf liefert zumindest auf die dringenden Fragen, die daraus resultieren, keine Antworten. Jeden Tag schließen in Deutschland acht landwirtschaftliche Betriebe. Wir können davon ausgehen nach allgemeiner Berechnungsart, dass zwei davon in Nordrhein-Westfalen schließen. Das Ackerland in

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
4. Sitzung (öffentlich)

22.11.2022
sd-yö

Nordrhein-Westfalen gehört mit 54.000 Euro/ha zu den teuersten in ganz Deutschland. Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, resultierend aus den entsprechenden Preisen für die Landwirte, explodieren, und die Verbraucher verzweifeln. Alles in allem gibt der vorliegende Haushaltsentwurf auf die wirklich dringenden Fragen, die zu klären wären, keine Antwort. Daher lehnen wir diesen Haushaltsentwurf ab.

Ministerin Silke Gorißen (MLV): Sehr geehrter Herr Bockes! Zu Ihren Fragen, Frage eins, ob wir keinen weiteren Bedarf sehen bei Feuerwehrgerätehäusern, die saniert werden müssen. Doch, ich glaube, es gibt eine ganze Menge Bedarf in Nordrhein-Westfalen. Ich selber – das wissen Sie – komme auch aus der Kommunalpolitik. Ich war auch lange Fraktionsvorsitzende. Ich habe Feuerwehrgerätehäuser sanieren lassen müssen oder war in die Planung mit Neubauten involviert.

Wir wissen alle, dass die Feuerwehrgerätehäuser in vielen Kommunen auch in die Jahre gekommen sind, teilweise sind die Wagen aus den Feuerwehrgerätehäusern fast herausgewachsen. Die Sanierung oder der Neubau von Feuerwehrgerätehäusern sind sehr kostenträchtig. Man muss ganz klar aber auch sagen, das Geld – das ist natürlich mehrfach schon zur Sprache gekommen ist, Sie wissen das auch alle – steht aktuell nicht zur Verfügung, was wir gerne zur Verfügung gehabt hätten, um weitere Programme in der Hinsicht auch auflegen zu können. Von daher, der Bedarf ist ganz sicher da, aber es fehlen Mittel. Dass die Mittel in enormer Höhe im Moment auch von Seiten des Landes in die Entlastungspakete gehen, ist auch bekannt.

Glauben Sie mir, ich wäre sehr glücklich, wenn das Land im Moment mehr Mittel hätte für viele schöne, gute und wichtige Projekte, die wir auch von Seiten unseres Hauses dann begleiten könnten. Aber an dem Punkt haben wir es nicht.

Frage 2, zu den Agrarumweltmaßnahmen, gebe ich an meinen Staatssekretär.

StS Dr. Martin Berges (MLV): Ich würde gerne verweisen, Herr Brockes, auf die Vorlage, weil das für uns auch ein ganz wichtiges Thema war. Wir haben gesehen, mit welcher Begeisterung Landwirte Anträge hier gestellt haben. Es gibt keine Einschränkung bei den meisten Agrarumweltmaßnahmen, ob das der Anbau vielfältiger Kulturen ist, ob das die Bewirtschaftung kleiner Schläge ist, die Anlage von Erosionsschutzstreifen, Anbau von mehrjährigen Wildpflanzenmischungen, das wird alles ohne Einschränkung und ohne Begrenzung, wie beantragt, auch tatsächlich bewilligt werden können. Wir mussten das an zwei Stellen deckeln, und zwar bei Uferrandstreifen und bei Buntbrachen – und das auch nur bei denjenigen, die jetzt neue Anträge stellen.

Wer in der Vergangenheit Uferrandstreifen im gewissen Umfang gemacht hat, wer eine Bewilligung hatte, der wird das auch weitermachen können. Nun haben wir das tatsächlich auf jeweils 3 ha gedeckelt, weil das Antragsvolumen den Ansatz deutlich überstiegen hat. Wir hätten es haushaltsmäßig nicht abbilden können. Das ist also die eine Situation, das ist ein kleiner Teil.

Der zweite Punkt ist, dass wir auch abwarten müssen, wie sich im nächsten Jahr überhaupt die Förderung von Buntbrachen entwickelt, weil wir im nächsten Jahr die

Verpflichtung zur Stilllegung von 4 % erst einmal ausgesetzt haben. Das ist für ein Jahr im nächsten Jahr ausgesetzt und greift erst im Folgejahr wieder. Die Frage ist, wie viele tatsächlich, wenn die 4 % Stilllegung kommen, noch Buntbrachen machen, so dass wir uns in den nächsten Jahren anschauen müssen, wie sich die Nachfrage, insbesondere nach dem Förderbaustein Buntbrachen, tatsächlich entwickelt.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Die vier Fragen von Herrn Brockes würde Herr Staatssekretär beantworten.

StS Viktor Haase (MUNV): Ich habe mir die vier Fragen notiert und versuche, sie entsprechend zu beantworten. Das erste war die Frage nach den Naturschutzmitteln und der differenzierten Aufteilung der Haushaltsbeträge in den Erläuterungen. Da ist das so gemeint, wir haben im Moment die Erhöhung um 7,5 Millionen Euro. Die sind dort dargestellt bei den Biologischen Stationen, es war schlicht ein Fehler, dass die Mittel, die wir jetzt in der Erhöhung haben, dort dargestellt sind. Diese aktuelle Planung, wie wir das dann aufteilen, das werden wir mit dem nächsten Haushaltsplan in den Erläuterungen klar ziehen, bzw. wir können Ihnen das auch unterjährig gerne erläutern. Das ist das Erste.

Das zweite, der Nationalpark Eifel. Die Mittel sind derzeit im Landesbetrieb Wald und Holz noch verortet. Das ist der Stand. Wir haben allgemeine Nationalparkmittel im Haushalt. Der Nationalpark Eifel ist dem Landesbetrieb Wald und Holz zugeordnet.

Das Artenmonitoring ist geplant, das steht auch in der Titelgruppe 82, da stehen grundsätzlich zwei Wege zur Verfügung, einmal über Kapitel 10 030 Titel 537 82. Das wären dann Möglichkeiten über das LANUV, das Artenmonitoring zu vergeben oder aber unmittelbar über die über die Förderrichtlinie Biologische Stationen, Kapitel 10 030 Titel 686 62. Das wären zwei gangbare Wege. Das wird eher eine Frage der praktischen Umsetzung sein, die Kartierer dann auch zu finden. Die sind im Moment sehr rar gesät. Wir werden versuchen, das im nächsten Jahr auch entsprechend auf den Weg zu bringen. Die Mittel stehen dafür grundsätzlich zur Verfügung. Es ist dann die praktische Umsetzung, wo wir die verschiedenen Wege versuchen zu gehen.

Zum Stichwort Umweltwirtschaft und Erhöhung zwei Anmerkungen: Zum einen haben wir eine neue Umweltwirtschaft-Förderrichtlinie vom 10.06.22, die jetzt in Kraft ist. Jetzt könnten neue Anträge eingehen. Das ist der eine Strang. Zum anderen sind die Mittel, die eingestellt worden sind, insbesondere vorgesehen für das Kompetenznetzwerk Umweltwirtschaft, die Verstetigung. Das ist ein Netzwerk, das bislang aus EFRE-Mittel finanziert werden konnte, künftig nicht mehr. Das ist eine Einrichtung, die wir weiter fördern wollen. Dafür sind die Mittel auch vorgesehen. – Das waren die vier Fragen, die ich mir notiert habe.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Stinka bitte.

André Stinka (SPD): Ich würde gerne noch einmal auf die Äußerungen von Frau Ministerin Gorißen zu den Reduzierungen im Bereich der Feuerwehrgerätehäuser und im Bereich Dorferneuerung eingehen. Wenn wir alle den Ministerpräsidenten am 4. November 2022 richtig verstanden haben, hat er doch drei Säulen benannt, die in der Zeit der Krise wichtig sind für die Landesregierung und auch für das Zusammenleben in Nordrhein-Westfalen. Eine der Säulen ist unter anderem die Verbesserung der Krisenresilienz.

Wie bringen Sie das mit der Verbesserung der Krisenresilienz zusammen, wenn bei Feuerwehrgerätehäusern und bei den ländlichen Regionen so massiv eingespart wird? Ich verstehe nicht – da wird es ja ein hartes Ringen in Ihrem Haus mit dem Finanzminister gegeben haben –, wie man das unter einen Hut bringen will. Auf der einen Seite will man vorsorgen und die Resilienz stärken, und auf der anderen Seite gibt es solche erheblichen Kürzungen. Ihre Antwort von gerade war in dem Zusammenhang nicht zufriedenstellend.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Stinka. Auch hier sammeln wir wieder in der Runde. – Als Nächstes habe ich Herrn Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich war eben ein bisschen überrascht, dass Herr Schneider so hart in die Kritik reingegangen ist. Ich fange mal mit dem Kleinsten an, nämlich mit dem Kleingartenwesen. Wenn uns eine Sache hier allen zusammen immer wichtig war, dann ist das das Kleingartenwesen, das einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt und dazu leistet, dass Menschen mit Natur zu tun haben. Da waren wir uns immer alle einig. Da zu sagen, die Landesregierung würde das Kleingartenwesen missachten, das finde ich, ehrlich gesagt – ich will nicht sagen unverschämt –, unnötig. Das muss man an der Stelle nicht machen, wo wir uns immer so einig waren.

Ich finde auch nicht, dass der Vorwurf zutrifft, dass man keine Akzente in den beiden Haushalten sehen kann. Ich finde, dass sie sehr wohl da sind. Kollege Nolten hat schon darauf hingewiesen, dass es der erste Haushalt, da kommen noch ein paar weitere. Das alles wird sich dann weiterentwickeln. Aber, die ersten Anfänge sind gemacht. Da fangen wir mit der Unterstützung der Forstbetriebsgemeinschaften an. Das ist ein erster Punkt, wo wir einen gemeinsamen Antrag gemacht haben, der jetzt umgesetzt wird.

Dann nehmen wir den Punkt, der in der Vergangenheit auch uns Grünen immer ganz wichtig war, die Verbisssgutachten, wo wir immer gesagt haben: Wie sollen denn naturnahe Wälder entstehen, wenn zu viel Wild im Wald ist? Genau das passiert jetzt. Das wird von Frau Ministerin Gorißen umgesetzt. Wir werden an der Stelle erhebliche Fortschritte erleben.

Dann haben wir noch den Punkt, der betrifft gar nicht diese beiden Haushalte, aber der betrifft einen weiteren Haushalt. Es war uns Grünen auch sehr wichtig, die neue Schwerpunktstaatsanwaltschaft „Umweltkriminalität“ zu bekommen: wird umgesetzt, gehört zum Gesamtbereich Umwelt aus meiner Sicht zwingend dazu. Wir haben immer

alle zusammen kritisiert, dass die Verfolgung von Umweltdelikten mangelhaft ist. Das packt die neue Landesregierung jetzt an, und das finde ich sehr positiv.

Ganz besonders aufmerksam geworden bin ich, als Sie den Nationalpark erwähnt haben. Für mich – ich bin auch schon ein bisschen länger dabei – ist das als Abgeordneter jetzt der zweite Anlauf, den wir nehmen, einen Nationalpark zu machen. Den ersten Anlauf, den ich miterlebt habe, der war mit der SPD zusammen.

(René Schneider [SPD]: Johannes Rau!)

– Bei Johannes Rau war ich noch nicht dabei, nein. Ich finde, dass sich SPD-Abgeordnete, gerade im ostwestfälischen Raum etwas zurückhalten sollten, was die Frage angeht, einer Region zu ermöglichen, einen Nationalpark zu machen. Ich hoffe, dass wir das gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der CDU besser hinkriegen, als wir es damals gemacht haben.

Dann bin ich noch mal bei dem Punkt „übers Knie brechen von Haushalten“. Da haben Sie auch argumentiert, Sie seien jetzt schon so lange im Landtag, so was hätten Sie noch nie erlebt. Ehrlich gesagt, ich bin auch schon etwas länger im Landtag, und ich habe so etwas wie diesen Prozess genauso schon erlebt auf beiden Seiten. Das ist einem Wahljahr eben geschuldet. Da ist der Zeitplan knapp. Das ist nicht so ganz einfach, für beide Seiten nicht. Ich weiß, dass das als Opposition blöd ist, ja, aber es geht nicht anders. Und es ist für Regierungsfraktionen und auch für eine neue Landesregierung anstrengend, das umzusetzen. Ich finde, dass in diesem Haushalt wirklich einiges drin steckt, wobei man – das haben Sie auch positiv erwähnt, Verbraucherschutz, Energieberatung, den Aufwuchs an der Stelle – sehr lobend erwähnen kann, dass das so passiert.

Ein Letztes, zur Frage der Antworten auf die aktuelle Krise und die Frage langfristige Krise der Landwirtschaft: Ich glaube, dass diese Landesregierung darauf auch gute Antworten geben wird und geben kann, nämlich genau über Regionalität, und das ist auch angelegt. Da sind die ersten Pflänzchen, die werden aufwachsen in den nächsten Jahren, sodass ich glaube, dass davon die Landwirtschaft auch im hohen Maße profitieren kann und dass das auch Krisenresilienz hervorruft. Sich aus dem eigenen Land zumindest ein erhebliches Stück weit ernähren zu können, ist ein sehr positiver Aspekt, der ist wichtig. Wir haben alle zusammen auch in der Krise gemerkt, wie wichtig es ist, Landwirtschaft im eigenen Bundesland zu betreiben.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Ich möchte hier anschließen. Herr Schneider, man kann mit blumigen Worten hier große Forderungen in den Raum stellen. „Wir machen in der Landwirtschaft nur Klientelpolitik“, sagt der Kollege Keith: „Ihr vergesst die Landwirtschaft.“ Die haben draußen zu kämpfen, Betriebsmittelkosten, Preise für Nahrungsmittel steigen. Ja was denn jetzt? Das eine oder das andere? Oder geht's vielleicht auch dazwischen? Die Ansätze sind bei uns im Haushalt drin.

Der zweite Punkt, da appelliere ich auch mal ans Gedächtnis. Mit 6,5 Millionen Euro haben wir die Dorferneuerung übernommen. Da können Sie sich den Haushaltsansatz

angucken. Der ist heute noch deutlich besser als das, was Sie seinerzeit mit verantwortet haben – ich nicht, ich war nicht da.

Und wenn Sie dann auf die Feuerwehrgerätehäuser abheben – ja, der Bedarf ist unbestritten. Die Brandschutzbedarfspläne auf kommunaler Ebene zeigen ihn. Aber es ist auch klar, dieses Sonderprogramm ist jenseits der Fördergrundsätze in dem Planungsausschuss für Agrarstruktur und Küstenschutz (PLANAK) der GAK mit reinen Landesmitteln gelaufen. Hier muss man dann schon fragen, ist es jetzt wichtig? Ja, es ist wichtig. Wir können es hier aus dem Haushalt, so wie es die Ministerin gesagt hat, nicht darstellen. Dann frage ich Sie, wenn der Katastrophenschutz so unendlich wichtig ist: Warum wird dann auf der Bundesebene beim Katastrophenschutz gespart?

Auf der anderen Seite kann man natürlich immer sagen, Ihr müsst jetzt in sämtliche Infrastruktur reingehen, würden wir auch am allerliebsten machen. Aber auch da gehört doch zur Wahrheit dazu: Wenn wir hier über soziale Einrichtungen reden, die wichtig sind, geht es nicht nur um Dorfgemeinschaftshäuser. Da geht es auch um Turnhallen und viele andere Dinge. Wer hat denn das Investitionspaket Sport aufgekündigt und hat kein Problem damit, im Plenum zu sagen, Ihr müsst den Investitionsbereich auf der Dorfebene entsprechend erhöhen? Das ist Doppelzüngigkeit, und das fällt auch jedem auf.

Dietmar Brockes (FDP): Meine Damen und Herren! Danke für die Antworten, die eben gegeben wurden, wobei einige zum Beispiel, was die Frage nach den konkreten Mitteln von mir anging, leider unbeantwortet blieb, bzw. wo wir sehen konnten, dass hier teilweise pauschal Schecks verteilt werden. Das passt leider in das Bild der gesamten Haushaltsberatungen. Deshalb werden wir heute den Haushalt auch ablehnen.

Herr Rüße, Sie haben gesagt, von wegen übers Knie brechen, das wäre in der Vergangenheit auch so der Fall gewesen. Das ist mitnichten der Fall, und das wissen Sie auch. Vor fünf Jahren hat Ihre damalige Fraktionsvorsitzende Frau Düker – aus meiner Sicht auch als Parlamentarierin zu Recht – das damalige Verfahren beklagt und damit auch deutlich gemacht, wie hier im Schweinsgalopp durchgegangen wird und dass seriöse Haushaltsberatungen in der Form nicht möglich sind.

Damals, vor fünf Jahren, hatten wir 25 Tage mehr Beratungszeit als in den jetzigen Haushaltsberatungen. Jetzt reden wir von 47 Tagen. Sie sehen ja, es sind viele Fragen offen, die bis heute nicht beantwortet sind. Den besten Beweis dafür, dass dieses Haushaltsverfahren nicht seriös ist, liefert Umweltminister Krischer selbst. Ich zitiere aus der Antwort auf unsere Fragen, die wir gestellt hatten. In der Antwort steht:

„Angesichts der kurzen Zeitspanne zwischen der Übermittlung der Fragen an das MUNLV und der Übermittlung an den Landtagspräsidenten konnte ein Teil der Antworten nicht vollumfänglich vorbereitet werden. Insbesondere bei Fragen zu Mittelabflüssen und einzelnen Projekten in Förderprogrammen, die über die Bezirksregierungen oder das LANUV abgewickelt

werden, sind umfangreiche Abfragen an den Geschäftsbereich erforderlich.“

Das zeigt: Ihre Landesregierung sagt, dass sie angesichts dieses Verfahrens in dieser Kürze die Fragen nicht beantworten kann, die wir als Haushaltsgeber stellen. Wir bekommen nicht die Grundlagen, die wir benötigen, um eine seriöse Haushaltsberatungen durchzuführen. Deshalb werden wir diesen Haushalt auch hier heute ablehnen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Bockes. – Wir kommen zur Beantwortung der Fragen von Herrn Stinka zur Dorferneuerung.

Ministerin Silke Gorißen (MLV): Zur Dorferneuerung kann ich nur sagen: Es ist keine Kernaufgabe der Dorferneuerung. Feuerwehrgerätehäuser zu subventionieren. Das ist in erster Linie eine kommunale Aufgabe. Eine unmittelbare Zuständigkeit sehe ich bei mir zum Beispiel für den Wald, aber nicht für die Feuerwehrgerätehäuser. Wenn aus anderen Programmen, aus anderen Fördertöpfen heraus sich später noch Möglichkeiten ergeben, dann ist das das eine. Aber wie gesagt, es ist keine Kernaufgabe der Dorferneuerung.

René Schneider (SPD): Vielen Dank Frau Vorsitzende! Interessant ist ja schon die Choreografie, in der hier heute die Wortmeldungen kommen und auch die Verteidigung oder das Gut-Finden dieses Haushaltes.

Ich fange mal mit Ihnen an, Herr Dr. Nolten. Ich finde es ja immer gut, wenn Sie bunt finanzielle Situationen und frühere Zeiten miteinander vergleichen. Aber bitte nehmen Sie doch zur Kenntnis: Wir sind im Jetzt. Und die Herausforderungen, die haben Sie in der Zukunft. Dann können Sie anfangen mit „ja, aber damals hat der eine dies und der andere das...“. Wir reden über den Haushalt. Ja, Sie müssen sich dieser Verantwortung stellen. Sie haben es ja freiwillig gemacht. Es zwingt Sie ja niemand, hier zu sein.

Wir haben über Haushalte gesprochen, da waren die Grünen noch nicht dabei, da waren es richtig dicke Jahre, die Sie hier gemacht haben, damals als noch schwarz-gelbe Koalition, die CDU in der Regierungsverantwortung. Und diese guten Jahre sind jetzt vorbei. Dem müssen Sie sich halt stellen und können nicht sagen: „Ja, aber Rot-Grün hat anno xy dieses und jenes gemacht.“ Das ist ein bisschen zu einfach. Ich glaube, dass Sie selbst auch merken, das ist eigentlich zu wenig. Aber es gibt halt wenig zu verkaufen. Und dass das alles hier so lange dauert, ist doch ein Ausdruck davon, dass Ihr miteinander nicht klarkommt bzw. dass das in den kommenden Jahren auch noch viel öfter zu Tage tritt.

Warum sagt Herr Wille denn, da ist noch Spiel drin in diesem Haushalt? Da passiert noch was. Ich habe das Mienenspiel bei Ihnen gesehen. Da hat man den Stromschlag gesehen, den Sie gekriegt haben, als Herr Wille gesagt hat, da ist noch Bewegung drin. Ich bin mal gespannt, wie das hier ausgeht.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
4. Sitzung (öffentlich)

22.11.2022
sd-yö

7,7 Millionen Euro parkt man bei den Biologischen Stationen. Da kann man schon fragen, war das wirklich so klug? Der Korken war schon aus der Champusflasche bei der einen oder anderen Biologischen Station, bis man ihnen dann am Jour Fix, wie es im Bericht steht, gesagt hat: Ne Freunde, wird nur ein Teilbetrag. Da wäre für mich die erste Frage, konnten Sie denn wenigstens schon annoncieren, welcher Teilbetrag das ist? Oder sind jetzt 7,7 Millionen Euro genau die Börse, die jetzt hin- und hergereicht wird, um vielleicht doch noch den Umweltscheck hier zu machen?

Haushaltswahrheit und -klarheit sehe ich da nicht. Das ist so working progress. Man kann Ihnen ja beim Nachdenken zugucken, wie Sie da überlegen, wie die 7,7 Millionen Euro hin- und hergezogen werden, um irgendwie klarzukommen mit den Wünschen, die da so sind.

Lieber Herr Norwich Rüße, Stichwort: Nationalpark, auch da wieder die Geschichte – und ein SPD-Abgeordneter sollte ruhig sein, wenn es um Nationalpark geht in der Senne, wir haben dafür mit in der Volksinitiative gekämpft, ich glaube auch Seite an Seite. Wir haben diesen Wunsch, klar, in unseren beiden Parteien formuliert, und wir stehen zu diesem Beschluss. Ich glaube, dass, wenn wir hier in einer rot-grünen Koalition säßen, sowohl der Haushaltsansatz als auch der Zeitplan ganz anders aussähen. Und das gehört auch zur Wahrheit. Dann kann man auch hier pfeifen wie im dunklen Walde und sagen, ich mache mir die Welt schöner, als sie tatsächlich ist. Aber Norwich das ist die Realität. Und dass es nicht vorangeht, liegt eben an anderen Dingen und sicherlich nicht an der Sozialdemokratie.

Ich bin gespannt, Dr. Wille, wir sind gerne dabei, wenn Änderungsanträge zum Haushalt gestellt werden sollten. Wir sind, gerade was den AAV anbelangt, dabei. Wir können die Umweltschecks auch gerne mit 2 Millionen Euro ins Schaufenster stellen. Die Welt könnte wesentlich einfacher sein, als sie tatsächlich hier aktuell in Umweltfragen leider ist.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Sie hatten gesagt, Sie sind der ältere. Sie haben zehn Jahre betrachtet. Sie haben die lange Linie darauf gemacht, ich kann nichts dafür. Aber wenn Sie schon sagen, wir sind im Hier und im Jetzt, dann akzeptieren Sie doch auch, dass wir bei den Verbraucherzentralen 7,6 Millionen Euro mehr drin haben und dass da auch Energieberatung gemacht wird, Herr Keith, bei dem Thema, das gerade auch ansteht. Also wir sind im Hier und Jetzt im Rahmen unsere Möglichkeiten.

René Schneider (SPD): Die Frage nach dem Jour Fix mit den Biologischen Stationen, konnten Sie da schon eine Summe sagen oder ist nur quasi informiert worden, die 7,7 Million Euro gehören nicht Ihnen, sondern nur ein Teilbetrag. Oder gibt es da konkretere Aussagen?

Minister Oliver Krischer (MUNV): Herr Schneider, ich weiß, dass Sie Schwierigkeiten damit haben, dass wir den höchsten Naturschutzetat seit vielen Jahren haben. Das ist eine Antwort darauf. Ich freue mich ausdrücklich, dass unsere Kolleginnen und

Kollegen in Berlin, wo Sie ja auch Verantwortung tragen, endlich die Biodiversitätskrise ernst nehmen und dass wir an der Stelle jetzt eine Antwort liefern können.

Jetzt können wir gerne darüber streiten: Wo wird hier was unter welcher Titelgruppe in welchem Einzelplan etatisiert? Letztlich interessiert es mich, diese Landesregierung und diese Koalition, dass am Ende etwas für den Naturschutz herauskommt, und das tut es an der Stelle. Ganz offensichtlich haben Sie ja Schwierigkeiten, das anzuerkennen, sonst würden Sie ja eigene Vorschläge machen. Sie haben ja selber gesagt, Sie wollen eine gute Opposition werden. Das ist ja ein interessantes Selbstbekenntnis. Sie sagen einfach nur, es soll noch ein bisschen mehr werden, was anderes habe ich bei Ihnen nicht gehört. Ich habe da nun 13 Jahre auch gesessen auf so einem Stuhl, auf dem Sie sitzen. Da müssten Sie uns an der Stelle schon ein paar weitere Vorschläge machen, wenn Sie tatsächlich hier andere Akzente setzen wollen.

Ich habe mich eben zurückgehalten. Ich möchte ein paar Dinge korrigieren, die Sie eben gesagt haben, die einfach falsch sind. In diesem Haushalt steht der Nationalpark drin. Lesen Sie mal die Erläuterungen zu **Kapitel 10 030 Titelgruppe 82**. Da steht das drin. Der ist dort verankert. Es gibt eine entsprechende Finanzierung, wenn das notwendig sein sollte. Ich kann Ihnen nur eines deutlich sagen, Kollege Rüße hat das eben richtig angesprochen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen nicht nur einen, sondern zwei Versuche, wenn man noch paar andere Sachen dazu zählt, sogar noch mehr gescheiterte Nationalparke erlebt.

Ich glaube, es sollte hier im Sinne von allen sein, die einen Nationalpark wollen ... Da kann ich feststellen, Sie wollen den, die Koalition will den, dann haben wir ja schon einmal eine sehr breite Mehrheit für einen zweiten Nationalpark in Nordrhein-Westfalen. Wenn man sich anguckt, wo in anderen Bundesländern in den letzten Jahren Nationalparke gegründet worden sind, dann hat es dafür immer eine sehr breite Unterstützung gegeben. Ich möchte nicht, dass es noch mal ein Scheitern in Nordrhein-Westfalen mit einem Nationalpark gibt. Wissen Sie, wieso? Weil ich jahrelang Vorsitzender des Fördervereins Nationalpark Eifel war und das Erfolgsprojekt in der Eifel mit erlebt habe und glaube, dass mindestens für einen weiteren Nationalpark in Nordrhein-Westfalen Platz ist, um ein solches Erfolgsprojekt auch zu etablieren. Wenn Sie da konstruktiv wären, dann würden Sie an der Stelle mit uns überlegen, mit uns diesen Weg gehen. Das wäre ein richtiger Punkt.

Was ich noch klarstellen möchte – auch das haben Sie eben wieder fälschlicherweise erwähnt, das lese ich auch in Ihren Pressemitteilungen, wir werden diese Woche auch noch darüber diskutieren –, was das Thema Pegel angeht. Sie können in den Vorlagen für diesen Ausschuss nachlesen, dass alle Pegel in Nordrhein-Westfalen funktionsfähig sind und ihre Arbeit ausführen, auch wenn Sie ständig etwas anderes behaupten. Und in diesem Haushalt sind die Mittel etatisiert, damit wir – vergangene Landesregierungen, nicht nur die letzte, sondern auch vorherige waren beteiligt und waren offensichtlich noch nicht an dem Punkt – an den Oberläufen an den kleinen Flüssen ein ganz neues Pegelnetz aufbauen. Das tun wir jetzt. Das packen wir alles an. Das findet sich alles in diesem Haushalt wieder.

Als ich Ihren Antrag gelesen habe, konnte ich nur den Kopf schütteln: Wenn es dann konkret wird, dann wird es bei Ihnen sehr dünn. Wir haben die Dinge hier konkret angedrückt, treiben das nach vorne unter schwierigsten Bedingungen, die wir haben. Das ist nicht einfach. Ich würde auch gerne mehr beim AAV machen, glauben Sie mir das, wobei Generationen vor uns diese Probleme verursacht haben, die wir jetzt ausbaden dürfen.

Aber dann müssten wir auch darüber reden: Wer trägt wo seine Gesamtverantwortung? Da fiel mir auch sehr viel ein, weil ich nun Berlin sehr gut kenne, wer da eine Verantwortung trägt. Und wenn Sie eine gute Opposition sein wollen, dann würden Sie ehrlich Ihre Verantwortung auch in Berlin benennen, was Sie an der Stelle auch nicht tun.

René Schneider (SPD): Herr Minister, interessant, wie Sie auf die einfache Frage zu den Biologischen Stationen geantwortet haben und diese Kaskade an – wie ich finde – für einen Minister merkwürdigen Vorwürfen hinterherkommt. Ich stelle fest, Sie wollen mir nicht sagen, was Sie den Biologischen Stationen gesagt haben, ob die Biologischen Stationen mittlerweile wissen, was sie bekommen. Sie sagen, die 7,7 Millionen Euro, die sind galaktisch, da wird jetzt gefeiert und Ihr als Opposition feiert bitte mit.

Dann werfen Sie mir vor, dass ich hier etwas falsch darstelle. Ich zitiere nur aus Ihren Vorlagen. Sie beantworten die Frage nach dem zweiten Nationalpark damit, dass Sie im Naturschutzhaushalt quasi eine Stelle hinterlegt haben, Zitat:

„Daher sind im Haushalt 2023 hierfür keine separaten Mittel enthalten.“

Das heißt, da steht bei den Mitteln null. Nichts anderes habe ich behauptet. Sie werfen mir dann vor, ich würde etwas fälschlicherweise behaupten. Zu den Pegelmessnetzstellen kommen wir, Gott sei Dank!, morgen Mittag auch noch einmal. Die Behauptungen sind doch real und immer begründet auf Ihren Berichten. Auf etwas anderes kann ich mich ja gar nicht stützen. Sie sagen, im Haushalt würde etwas für Pegelmessnetze stehen. Auf unsere Nachfrage zermalmt, steht jetzt in Ihren Antworten, zumindest trägt sie Ihre Unterschrift: „ca. 5 Millionen Euro, sofern Mittel vorhanden sind.“

Das steht in ihrer Antwort auf unsere Nachfrage. Ich habe beim letzten Mal im Ausschuss gefragt, da konnten sie mir keine Antwort geben, ist ja auch in Ordnung. Dann sollte es zum heutigen Ausschuss die Antwort geben. Die steht jetzt hier drin mit einer Circa-Angabe, „wenn im allgemeinen Hochwasserschutz noch genügend Mittel drin sind“. Wäre es dann nicht besser und deutlicher, wenn Sie einen Titel dafür anlegen, der nur für diese Pegelmessnetzstellen da ist? Das ist ein Vorschlag, den wir machen als Opposition – als gute Opposition, die wir jetzt schon sind.

Ich gönne Ihnen ja diesen kleinen Punkt an der Stelle. Aber sich darüber lustig zu machen, finde ich äußerst merkwürdig. Ich glaube nicht, dass ich Schwierigkeiten habe, meine Oppositionsrolle zu erkennen. Ich glaube, dass Sie zunehmend Schwierigkeiten haben, ein guter Umweltminister zu sein.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
4. Sitzung (öffentlich)

22.11.2022
sd-yö

Dietmar Brockes (FDP): Herr Minister, die Aussagen, die Sie gerade zum Nationalpark getätigt haben, stehen im Widerspruch zu dem, was Sie uns schriftlich an Antworten gegeben haben. Deshalb bitte ich auch, so wie der Herr Kollege Schneider es getan hat, uns das noch einmal zu erläutern. Sie haben uns zu der Frage gesagt: „Daher sind im Haushaltsjahr 2023 hierfür keine separaten Mittel enthalten“. Sie haben eben versucht, das Gegenteil darzustellen.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Die Frage der separaten Mittel: Wir weisen auf die Titelgruppe 82 entsprechend hin. Das steht in den Erläuterungen drin, aber das kann der Staatssekretär noch einmal im Einzelnen ausführen.

StS Viktor Haase (MUNV): In den Erläuterungen sehen Sie – ich müsste den Titel gleich noch einmal genau raussuchen –, dass das auch Maßnahmen für Nationalparke und die Einrichtung Nationalpark sind. Dafür stehen Mittel in der Titelgruppe 82 drin. Von daher werden für das Beteiligungsverfahren, das vorgesehen ist, ausreichend Mittel da sein, aus der gesamten Titelgruppe. Wir haben es noch nicht vollständig quantifiziert. Das werden Sie demnächst dann auch bekommen können.

Zu der Frage der Biologischen Stationen: Ich hatte am Anfang gesagt, dass die 7,5 Millionen Euro bei den Biologischen Stationen stehen, war ein Übertragungsfehler im Haushaltsaufstellungsverfahren. In den unverbindlichen Erläuterungen stehen diese 7,5 Millionen Euro in einem Sammeltitlel, über den verschiedene Maßnahmen auch finanziert werden können. Konkret können wir das bei den Biologischen Stationen – das ist aktuell – nicht quantifizieren. Ich möchte aber darauf hinweisen, welchen großen Schritt wir bei den Biologischen Stationen machen, auch im Haushalt angelegt. Das ist die mehrjährige Finanzierung über die Verpflichtungsermächtigung an der Stelle, eine Sache, die seit vielen Jahren den Biologischen Stationen am Herzen liegt. Es ist ein Riesenschritt für die Biologischen Stationen, dass wir mit dem Haushalt jetzt die Förderung für das folgende Jahr und das übernächste Jahr mit in die Finanzierung nehmen. Das ist eine riesen Erleichterung für die Biologischen Stationen, so werden wir das anlegen.

Bei der Systematik ist es manchmal auch schwierig, die konkreten Zahlen 100%ig zu quantifizieren, denn es ist ein Förderhaushalt. Es sind Fördermittel, und es hängt am Ende davon ab, welche Anträge reinkommen. Bei den Biologischen Stationen macht es das insofern etwas komplizierter, weil die auch kommunale Kofinanzierung brauchen. Das heißt, die Mittel, die dort beantragt werden, werden durch die Bezirksregierung und die Maßnahmenprogramme entsprechend geprüft und festgelegt. Deswegen können wir aktuell noch nicht 100%ig abschätzen, wie groß der Betrag sein wird, der im nächsten Jahr von den Biologischen Stationen beantragt wird. Das Signal, dass wir dort zu einer Erhöhung und einer Mehrjährigkeit kommen, wird mit dem Haushalt dargestellt.

Das ist auch das, was den Biologischen Stationen mitgeteilt worden ist. Aber die wissen auch, dass sie selber kommunale Kofinanzierungsmittel brauchen, um letztlich die Förderung beantragen zu können. Wir werden nicht das Ganze übernehmen können.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
4. Sitzung (öffentlich)

22.11.2022
sd-yö

Auch wenn jetzt den Biologischen Stationen 7,5 Millionen Euro von Landesseite aus zur Verfügung gestellt werden könnten, würden das die Biologischen Stationen auch gar nicht darstellen können. Wir werden uns das Antragsvolumen ansehen und dann die Mittel zur Verfügung stellen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich sehe keine weiteren Fragen. – Wir kommen zur Abstimmung über die Einzelpläne.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 15 – Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

